

Grundeinkommensbefürworter und Streiter für den allgemeinen Mindestlohn sind aufeinander angewiesen, verfolgen verwandte Ziele, und deshalb ist es an der Zeit, die wechselseitigen Vorbehalte zu überwinden und ein Bündnis zu schließen.

Um ein abschließendes Wort über die Vollbeschäftigung zu verlieren, die manche(r) neu erstehen sieht, so wird sie *erstens* »gute« Arbeit für möglichst viele nur offerieren, wenn das Grundeinkommen

verwirklicht ist. Die neue Vollbeschäftigung, wenn sie denn käme, wäre *zweitens* kein Argument gegen eine Grundsicherung. Grundrechte fragen niemals nach der Zahl, nur nach der Sache selbst. Ein einziger, der der Folter unterliegt, blamiert die Zivilisation im ganzen. Ein Arbeitsloser, der um seine materielle Existenz betteln und seine Bürgerrolle fürchten muss, demotiviert das Versprechen der sozialen Demokratie.

Andrea Nahles

»Gute Arbeit« für alle statt Abschied von der Arbeitsgesellschaft

Eine einheitliche Transferzahlung wie das bedingungslose Grundeinkommen würde letztlich zur quasi Legitimierung von Arbeitslosigkeit führen und ist daher nur vordergründig gerecht. Gefragt sind vielmehr innovative Lösungen wie eine vorsorgende Arbeitsmarktpolitik, Ganztagschulen und ein flächendeckender Mindestlohn.

Die Forderung, eine allgemeine Grundsicherung einzuführen, ist seit einigen Jahren in der Diskussion. Unter verschiedenen Begriffen propagieren Politiker, Wissenschaftler und Unternehmer wie etwa die FDP, der Ministerpräsident von Thüringen, Dieter Althaus, der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, der Unternehmer Götz Werner und die »Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen« eine scheinbar charmante Idee: Über direkte staatliche Transferzahlungen sollen die materiellen (sozialen) Grundrisiken abgedeckt werden.

Dabei differiert die konkrete Ausgestaltung in den einzelnen Modellen ebenso wie die Motivation und die Zielsetzung erheblich. Gerade letzteres ist entscheidend, und weist bereits auf die problematischen Seiten der Idee hin. Denn in der Debatte um das Grundeinkommen geht es nicht um eine technische oder administrative



Andrea Nahles

(* 1970) ist stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

andrea.nahles@spd.de

Reform, sondern um zentrale Fragen der Gesellschaftsorganisation. Es sind eben nicht nur »grüne« oder »linke« Stimmen, die eine Grundsicherung befürworten und mit ihr Hoffnungen auf mehr Autonomie für den Einzelnen bis hin zur Überwindung des kapitalistischen Systems verbinden. Die Grundsicherung findet vielmehr auch unter den Apologeten des freien Marktes immer mehr Zuspruch. Gerade aus solchen Kreisen heraus wurden in den letzten Jahren detaillierte Konzepte formuliert, die ebenso radikale, allerdings marktkonforme, Umbauperspektiven enthalten.

Mit ihrem im Mai 2005 beschlossenen »Bürgergeld« will beispielsweise die FDP alle steuerfinanzierten Sozialtransfers zusammenfassen und zum Teil generell in voller Höhe gewähren, zum Teil von der Bedürftigkeit abhängig machen, die durch die Offenlegung der finanziellen Verhältnisse (in der Steuererklärung) nachgewiesen werden muss. Diese an Bedingungen geknüpfte Grundsicherung wird nicht nur explizit als wichtiger Bestandteil des Bürokratieabbaus verstanden – Budgets und ganze Behörden sollen wegfallen. Sie soll auch von massiven Eingriffen in das Tarif- und Arbeitsrecht – Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, weit reichende Lockerung des Kündigungsschutzes sind hier die Stichworte – begleitet werden.

Eine ähnliche Überlegung liegt dem Konzept von Dieter Althaus zu Grunde. Er

will zwar allen Bürgern einen bedingungslosen Anspruch auf ein soziokulturelles Existenzminimum von 800 Euro zusprechen (von dem eine pauschale Gesundheitsprämie von 200 Euro gleich wieder abgeführt werden muss) und zusätzliche Einnahmen mit 50, bei halbiertem Bürgergeld mit 25 Prozent versteuern. Aber auch bei ihm wird das Bürgergeld von einer weitgehenden Deregulierung des Arbeitsmarktes flankiert.

Nur integrierte Maßnahmen helfen

Sind speziell solche Konzepte schon deshalb abzulehnen, weil mit ihnen eine markt-konforme Reduzierung des Sozialstaats, ja eine umfassende Anpassung der Gesellschaft an den Markt, in Gang gesetzt werden soll, wiegen grundsätzliche Einwände

meines Erachtens noch schwerer: Zunächst einmal ist jede einheitliche Transferzahlung nur vordergründig gerecht. Sie kann (und will) die Tatsache nicht ausgleichen, dass die einen aufgrund ihres sozialen, ökonomischen und kulturellen Hintergrunds mit weit weniger Chancen »in den Markt« entlassen werden als andere. Das derzeit drängende Problem der Kinderarmut zeigt exemplarisch, dass die betroffenen Kinder eines Großteils ihrer Zukunftschancen beraubt werden, und dass nur integrierte und strukturelle Maßnahmen helfen – also gerade nicht mehr Transfers an die individuellen Haushalte, sondern Ganztagschulen, ein umfassendes und preiswertes Angebot an Kindergärtenplätzen usw.

Noch problematischer ist, dass wir mit der Einführung eines Grundeinkommens vielen Menschen den quasi offiziellen Status legitimer Arbeitslosigkeit verleihen würden. Auch wenn es so nicht gemeint ist, wirkt das Grundeinkommen nicht integrativ, sondern ausschließend, denn allen Maßnahmen, die Menschen in Arbeit zu bekommen und damit als Gleichberechtigte in die Gesellschaft zu integrieren, wäre die Grundlage entzogen: »Er (oder sie) bekommt doch ein Grundeinkommen«, würde die konservative Seite entgegnen und den arbeitssuchenden Empfänger des Bürgergeldes allein auf seine Eigenverantwortung verweisen. Findet er dann keine Arbeit, wirkt ein Bürgergeld faktisch wie eine »Stillhalteprämie« und enthebt die Arbeitslosigkeit der gesellschaftskritischen Wahrnehmung. Damit würde völlig vernachlässigt, dass über die Erwerbsarbeit in hohem Maße Selbstbewusstsein, individuelle Lebensperspektiven und das Gefühl gesellschaftlicher Zugehörigkeit vermittelt werden. Anstelle eines Grundeinkommens müssen wir uns also die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Erreichen der Vollbeschäftigung auf unsere Fahnen schreiben. Das liegt nicht nur im Interesse der einzelnen Menschen, sondern ist auch von zentraler Bedeutung für

das gesellschaftliche Miteinander, also für den sozialen Frieden. Die jüngste Entwicklung am Arbeitsmarkt sollte uns dabei Mut machen. Seit 2005 nimmt die Zahl der sozialversicherungspflichtigen, soliden Arbeitsverhältnisse wieder zu. Dieser Trend muss gefestigt und ausgebaut werden.

Ein Grundeinkommen hätte auch erhebliche – und zwar negative – Konsequenzen für die Lohn- und Gehaltsentwicklung der abhängig Beschäftigten: Jeder Forderung nach einem höheren oder auch nur angemessenen Gehalt könnten die Arbeitgeber entgegensetzen, dass die materielle Subsistenz und ein gewisser Lebensstandard doch bereits garantiert sei. Ein massives Lohndumping wäre also die Folge. Anstatt uns an einem solchen zu beteiligen, sollten wir unseren Kampf für einen flächendeckenden Mindestlohn intensivieren, denn ein Grundeinkommen würde sonst nur bewirken, dass die Allgemeinheit die Löhne zahlt, die die Unternehmen nicht zahlen wollen.

Auch Menschen, die mit einem Grundeinkommen die Hoffnung verbinden, sich mit seiner Hilfe individuell verwirklichen zu können, sähen sich getäuscht. Für das Bürgergeld von Althaus hat das Jahresgutachten des Sachverständigenrates inzwischen nachgewiesen, dass es im geplanten Ausmaß nicht finanzierbar ist, sondern eine Lücke von rund 227 Milliarden Euro in den Haushalt reißen würde. Realistischerweise läge das aus einem Grundeinkommen erzielte Einkommen ungefähr bei dem heutigen ALG II und würde die finanzielle Situation vieler Menschen – gerade die vieler Künstler – nicht verbessern. Wie die von Sozialdemokraten durchgesetzte Künstlersozialkasse zeigt, ist es aber möglich, im Rahmen des bestehenden Systems Lösungen zu finden.

Auch das Argument der Befürworter eines Grundeinkommens, dass sich – dem Zwang zur Erwerbsarbeit enthobene – Bezieherinnen oder Bezieher eines Bürgergelds künftig gesellschaftlich nützlichen

Aufgaben widmen könnten, weist in die falsche Richtung: Viel eher ist zu befürchten, dass gesellschaftliche Aufgaben individualisiert würden. Frauen sähen sich etwa dem Druck ausgesetzt, die Pflege kranker Angehöriger zu übernehmen, die »Bedingungslosigkeit« des Grundeinkommens würde dadurch in der Praxis schnell relativiert. Natürlich respektieren wir Entscheidungen für ein solches Engagement. Sie dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die organisierte Solidarität nicht entbehrlich ist. Anstatt also mit einem Grundeinkommen zum Beispiel den Dienst des Menschen am Menschen zu privatisieren, müssen wir ihn als Beruf ausbauen. Anstatt auf dem Arbeitsmarkt Menschen oder Bevölkerungsgruppen »auszusortieren«, müssen wir sie integrieren und »Arbeit für alle« schaffen.

Kein Abschied vom Ziel der Vollbeschäftigung

Hier liegt allerdings der größte Gegensatz zu allen Befürwortern einer Grundsicherung: Ihnen gemeinsam ist der Abschied von dem Ziel der Vollbeschäftigung. Auf den ersten Blick scheint das bei einer immer noch bestehenden hohen Arbeitslosigkeit zwar plausibel. Aber ist es angesichts des bereits erwähnten offenkundigen Mehrbedarfs in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Umwelt, der Fülle von Überstunden und unbezahlter Mehrarbeit, der Schließung rentabler Produktionsstätten usw. wirklich eine abwegige Vorstellung, eigentlich so viele Arbeitsplätze bereit stellen zu können, dass die Massenarbeitslosigkeit erfolgreich bekämpft werden kann?

Natürlich sollen dabei die Umwälzun-

gen auf dem Arbeitsmarkt und in der Arbeitswelt nicht gezeugnet werden. Vor allem für berufliche Neueinsteiger, Frauen und Beschäftigte über 50 Jahren bestimmen prekäre Beschäftigung und Brüche in der Erwerbsbiografie zunehmend den Erwerbsalltag. Aber insgesamt haben wir es weniger mit einer Krise der Arbeitsgesellschaft als mit einer Krise des Normalarbeitsverhältnisses zu tun.

Hier gilt es natürlich gegenzusteuern. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt und die vorsorgende Seite der Arbeitsmarktpolitik muss ausgebaut, Arbeitslosigkeit also bereits präventiv verhindert werden. Eine von mir geleitete Projektgruppe des Parteivorstands erarbeitet derzeit Einzelheiten einer »Arbeitsversicherung«, die bessere Übergänge beispielsweise zwischen verschiedenen Phasen (abhängige Beschäftigung, Selbständigkeit, Arbeitslosigkeit, Familienphasen) schaffen und über eine Verbesserung von Weiterbildungsmöglichkeiten konsequent für den Erhalt und Ausbau der Beschäftigungsfähigkeit sorgen soll.

Solche innovativen Wege lassen sich – wie Tarifverträge, die 5-Tage-Woche und der Kündigungsschutz – nur durch politische und gesellschaftliche Kämpfe durchsetzen. Wenn wir mit einem Grundeinkommen diesen gesellschaftspolitischen Anspruch aufgeben, geben wir den gestalterischen Anspruch insgesamt auf. Statt also Abschied von der Arbeitsgesellschaft zu nehmen und vor den vermeintlichen Marktzwängen zu kapitulieren, geht es um Arbeit für alle, um faire Löhne, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gute Arbeitsbedingungen, Arbeitnehmerrechte, um Aus- und Weiterbildung – in Kurzform: um das Ziel »Gute Arbeit« für alle, die arbeiten können und wollen.